

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Der Oldenburgische Volksfreund**

**Oldenburg**

No. 18, 1. März 1851

**urn:nbn:de:gbv:45:1-4866**

Der

# Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Dritter Jahrgang.

Er erscheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grotte, durch die Post bezogen 24 Grotte Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlagsbuchhandlung angenommen.

## Landtag.

Sitzung vom 25. Februar. — Auf der Tagesordnung standen zwei Berichte des Finanzausschusses (Berichterstatter Bargmann): 1. betr. die Kosten des Landtags und des Staatsministeriums, 2. betr. die Ausgaben für den Haus- und Verdienstorden.

An Kosten für den allgemeinen Landtag für das laufende Jahr stand im Voranschlag aufgeführt die Summe von 15000 Thaler. Im Berichte wurde nachgewiesen, daß die Kosten des gegenwärtig, und des gegen Ende des Jahres zu berufenden neuen Landtags sich höher belaufen würden, und wurde daher bewilligt im Ganzen die Summe von 19,400  $\mathcal{F}$ . Beim Staatsministerium betragen die Gehalte 15876  $\frac{1}{2}$  Thaler, und war für Geschäftskosten ausgeworfen eine Summe von 1650  $\mathcal{F}$ , welcher Summe an besondern Geschäftskosten des Militärdepartements noch 836  $\mathcal{F}$  hinzugehen. Alle drei Summen wurden bewilligt.

Für den Haus- und Verdienstorden findet sich im Voranschlage nichts ausgeworfen.

Es heißt daselbst, daß die Einkünfte der Commende Lage — für das Jahr 1851 auf 1865  $\mathcal{F}$  veranschlagt — zur Verwendung für die Präbenden bestimmt sei; die übrigen Erfordernisse aber aus der Großherzoglichen Schatzkassette erfolgten. Der Ausschuss beantragte: da diese Ordensangelegenheit Sache des ganzen Großherzogthums sei, so werde die fragliche Summe von 1865  $\mathcal{F}$  unter die Centralkosten hier mit aufzunehmen sein, wogegen denn die Einkünfte der Commende Lage in die Provinzial-Kasse des Herzogthums Oldenburg zu fließen hätten, da dieses Grundstück im Herzogthum belegen sei. Dieser Antrag wurde angenommen.

Fernere Tagesordnung: Bericht des Finanz-Ausschusses betr. die Ausgaben für das Hautboisten-Corps (Berichterstatter Niebour I.) Die Mehrheit beantragte, daß die geforderte Summe von 6001  $\mathcal{F}$  in bisheriger Weise nicht zu bewilligen, vielmehr das Hautboisten-Corps abzuschaffen, und statt dessen Hornisten-Corps wieder anzuschaffen seien, wo dann folgende Summen zu bewilligen ständen: 1. für das Hautboisten-Corps noch bis zum Mai d. J. 2000  $\mathcal{F}$ ; 2. für zwei Hornisten-Corps von Mai bis ult. December 2205  $\mathcal{F}$  48  $\mathcal{K}$ ; 3. für die vom Hautboisten-Corps nach dem 1. Mai nicht mehr zu verwendenden Holzbläser 1795  $\mathcal{F}$  24  $\mathcal{g}$ . Bei dieser Einrichtung werde dann künftig ein Ersparniß von mindestens 2200  $\mathcal{F}$  eintreten. Die Minderheit dagegen beantragte: für dieses Jahr seien die berechneten 6001  $\mathcal{F}$  noch für die bisherige Verwendung zu bewilligen, und sei die Regierung zu ersuchen, den Plan dieser Umgestaltung, wie ihn die Mehrheit vorgeschlagen, ihrer Erwägung zu unterziehen. Es erhob sich über die Frage, ob die Beibehaltung des Hautboisten-Corps überhaupt rathsam sei, sowie über die militairische Bedeutsamkeit und die Wirksamkeit der einen oder der andern Musik eine lebhaftige Debatte zwischen dem Abg. Klävermann einerseits und den Abg. Mölling, Wibel und Niebour I. andererseits, bei welcher Gelegenheit Mölling so sehr auf Irrwege gerieth, daß er vom Präsidenten zur Ordnung gewiesen wurde. Von Klävermann wurde hervorgehoben, daß Hornisten-Corps bei Weitem ihren Zweck nicht so erfüllen könnten, wie die Janitscharen-Musik; im Uebrigen sei der Plan der Umgestaltung, wie ihn die Mehrheit aufgestellt habe, zur Ausführung gar nicht geeignet: die Kosten der Hornisten-Corps seien viel zu niedrig angeschlagen, wenn man ein



leidliche Musik in diesem Sinne schaffen wolle; wolle man aber auf eine leidliche Musik sogar verzichten, so sei noch manche überflüssige Summe in diesem Plane. Eine weitere Prüfung und Umgestaltung des Planes sei also jedenfalls noch erforderlich. Die Versammlung folgte indessen nicht der Minderheit (Zedelius und Stone) und dem Abg. Klävermann, sondern stimmte, in Anbetracht, daß die wenn auch nicht gerade musikalisch befähigte Mehrheit des Ausschusses (Niebour I., Bargmann, Böckel und Jvens), so wie die Herren Mölling und Wibel, doch in ihrer allgemeinen Thätigkeit und Urtheilsfähigkeit auch diese besondere musikalische Frage gehörig untersucht und entsprechend gelöst haben würden, ohne weitere Scrupel für die Abschaffung des Musik-Corps.

Unter den Eingängen befand sich diesmal zur Veränderung eine Adresse aus Warden, versehen mit drei Unterschriften, worin versichert wurde, daß genannte Drei von dem mehrerwähnten Programm nichts wüßten und auch nichts wissen möchten, vielmehr stets mit Vertrauen auf die Linke des allgemeinen Landtags gesehen hätten. Die Vorlesung der Namen wurde diesmal nicht verlangt, sondern geschah von selbst. Von dem Feverschen Arbeiter-Verein ist eine Erklärung bis jetzt nicht eingegangen.

Dem Abg. Böckel ist im Interesse der Feverschen Schule der weitere Urlaub verweigert, und hat das Großh. Staatsministerium in einem Schreiben den Landtag um die erforderliche Zustimmung, welche indessen vom Landtage schwerlich gegeben werden wird\*).

### Eine Geschichte.

(Scene im Wirthshause.)

Erster Volksbeglückungstheoretiker: „Hier in der Residenz ist es aber auch arg! Als wir im Jahre 1848 hier einzogen, welcher Jubel! wie wurden wir empfangen! Es war mehr Bewegung für die Freiheit und Gleichheit hier in der Residenz, als irgend an einem andern Orte. Hätte der Pastor Glosler von der Kanzel sein Hoch auf den Großherzog und seine damalige Proclamation, worüber die Westersteder Gemeinde ganz verblüfft gewesen sein soll, damals hier in der Oldenburger Kirche ausgerufen, ich glaube, das würde hier ganz anders effectuirt haben! Jetzt aber kümmert man sich hier kaum noch um uns. Es ist ein Schmerz, bei seinen Bestrebungen für das Volk im Volke selbst so wenig Theilnahme und Interesse vorzufinden!“

\*) Der Landtag hat gestern die Zustimmung verweigert.

Zweiter dito: „Der Residenz kann ich es verzeihen, daß sie nachgerade klug wird, und sie für ihre Wünsche und Interessen ihr Heil von uns nicht mehr erwartet. Die Residenzstädter waren völlig verblendet. Wäre es besser gegangen, so wie wir es wollten, es würde der Stadt wahrlich nicht genügt haben. Aber auf dem Landtage selbst — die conservative Partei durfte sich früher nicht murren; einige Wenige nur saßen da, in jenem Saale, wo bald eine Restauration und Billard für das Militair wieder etablirt werden mag; sie saßen da und bildeten eine eclatante Minderheit. Wir erzwangen damals, daß frühere Abgeordnete, welche jetzt wieder als entschiedene Reactionairs sich geriren, Ordre pariren, und mit uns stimmen mußten, oder sie würden sich blamirt haben vor dem Volke! Jetzt setzt sich die Rechte hin, voll Selbstvertrauen, und macht gar ein Programm!“

Erster dito: „Ja, es ist ein eckiges Ding, dieses Programm. Es macht die Leute glauben, wie man auch freisinnig sein kann, ohne gerade Demokrat zu sein. Das ist ein Uebelstand. Denn was ist es eigentlich mit dieser Freisinnigkeit, im Vergleiche mit dem, was wir zu erreichen streben? Geradezu nichts! Wir wollen ein viel größeres Maß von Freiheit, als diese engherzige Rechte. Wir wollen das Volk stark und die Regierung schwach, so lange überhaupt noch eine Regierung nöthig ist. Nur einer schwachen Regierung gegenüber kommen wir zu unserm Ziele, welches wir noch lange nicht erreicht haben, das aber das allein richtige ist. Das geht nun aber vielen schon zu weit. Das blöde Volk der f. g. Besten hat schon seit längerer Zeit nicht mehr recht mit uns gewollt. Viele, welche früher für uns schwärmten, sind mit jener Freiheit im Sinne des Programms jetzt ganz zufrieden gestellt. Früher galt die Rechte unseres Landtags ohne Weiteres für freiheitsfeindlich, wir allein galten für freisinnig, daher man uns allein vertraute. Das ist nun anders geworden. Wir erfahren fast alle Tage, daß der Rechten und ihrem Programm beige stimmt wird in Adressen an den Landtag aus allen Gegenden des Landes. Das ist ein böses Ding. Aber ich habe es ja immer gesagt: unser Volk ist nicht reif, nicht empfänglich genug für die Freiheit, die wir ihm gegeben wissen wollen. Hier sehen wir es ja wieder klar. Die einzigen, die noch zu uns halten, aber auch nur wenn wir sie gehörig ermuntern, das sind noch die Arbeiter!“

Zweiter dito: „Und nun vollends die Tagesliteratur, wie ist sie aber auch gegenwärtig uns abgewendet! Die einzigen Blätter, die noch ganz auf



unserer Seite sind, das sind der Beobachter und die Freien Blätter. Aber so rechten Muth haben sie auch nicht mehr. Nur daß dann und wann der Beobachter sich erboht, wenn von den Helden, deren Reden er in majorem gloriam in früherer besserer Zeit in extenso abdruckten pflegte, einer oder der andere nicht mehr so reine Farbe hält, welche Abtrünnigen er dann nach Gebühr abkanzelt. Nehmen Sie mal den Volksfreund —“

Dritte Person (hat den Volksfreund gelesen und will ihn eben aus der Hand legen): „Wünschen Sie den Volksfreund?“

Zweiter Beglückter: „O bitte, danke ergebenst. Ich lese das Blatt nicht. Steht etwas Neues darin? — Es ist übrigens ein ganz einseitiges Blatt —“

Dritte Person: „Ich las das Referat über die letzte Landtagsverhandlung. Allerdings, etwas Polemik gegen die Linke und ihre Wünsche und Bestrebungen läuft da mit unter. Aber finden Sie diese Polemik bei einem Parteiblatt, wie es der Volksfreund ist, nicht ganz natürlich? Meine ich Sie selbst doch in früherer Zeit den Beobachter häufig sehr hoch rühmen gehört zu haben, wenn er gegen Leute von abweichender politischer Gesinnung in seiner Weise mal so recht tüchtig zu Felde gezogen war!“

Zweiter Beglückter: „Das war etwas ganz anderes; das Volk mußte gewarnt werden vor seinen Feinden. — Also Musje Volksfreund wieder polemisiert! Nun, das soll ihm nicht helfen.“ (Er knittert gemächlich das Blatt zusammen, und steckt es in die Tasche, wie ein gewohntes Geschäft). — „Das braucht Niemand zu lesen, solches Wischiwaschi!“

Dritte Person: „Warum denn nicht lesen? Mein Vester, welches System verfolgen Sie? Früher traute man dem beschränkten Unterthanenverstande von einer andern Seite nicht; man glaubte, wie Sie jetzt, daß nicht Alles gelesen zu werden brauche, und bediente sich, um seinen Zweck zu erreichen, eines Dinges, welches Censur hieß. Jetzt haben wir Pressefreiheit, und —“

Zweiter Beglückter: „Ei was Pressefreiheit! Für solche Dinge ist die Pressefreiheit nicht eingeführt.“

Dritte Person: „Aber die Rücksicht gegen den Wirth, und seine Gäste, von denen mancher vielleicht bloß um dieses Blatt zu lesen hierher kommt —“

Ein Zeitungsträger (langt ein Zeitungsbblatt in die Thür): „Meine Herren, der Streiter! Wird gratis gegeben, braucht nicht abonniert zu werden.“

Zweiter Beglückter: „Da, den Streiter kann er lesen, der ist unschädlich.“

## Bekennnisse einer demokratischen Seele.

### II.

(Relaischel's Monatschrift vom November 1850, I. und II.).

(Schluß.)

An der Praxis scheiterten sie alle, die deutschen Jahrbücher zuerst. Im Volke kam ihnen nichts als die allgemeine Mißstimmung entgegen; aber diese wußten sie mit keinem einzigen praktischen Vorschlage in ihrem Sinne zu besuchen. Es fehlt ihnen die praktische Kenntniß von Staat und Gesellschaft; ohne dieselbe zu haben, ohne nur zu fragen, was denn nur das Volk von ihnen wüßte, ohne sich die geringste Mühe zu geben, es kennen zu lernen, wollten sie ihm von der Wolke herab sein Heil dictiren.

Ruge's Allianz zwischen Frankreich und Deutschland, seine Vermittlung des deutschen und französischen Geistes, stand in der Luft, und der französische Socialismus verwahrte sich in einem tugendhaften Journal-Artikel gegen jede Verbindung mit der deutschen Gottesleugnerie. Die deutsch-franz. Jahrbücher erlebten nur zwei Nummern und die Theilnehmer hatten sich obendrein tödtlich verfeindet. Fröbel allein kannte den deutschen Volkscharakter aus den politischen Bewegungen der Schweiz und konnte den Plan seiner Arbeiter-Verbindungen doch nicht durchführen. Das Gefühl der Massen von ihrer innern Macht und äußern Unterdrückung muß erst die Demokratie entwickeln. Dann kommen die Philosophen und rechtfertigen seine Lebensbedürfnisse.

Die Gebildeten des Vorparlaments hatten sich auch nicht in das Volk hineingelegt, und wollten es nach Rotteck und Welcker bevormunden. Sie drückten nur ihre Sympathie für „diese Leute,“ die arbeitende Klasse aus, während das Volk, statt die Sache selbst in die Hand zu nehmen, in den Straßen tumultuirte.

Hecker und Struve hätten Recht gehabt, wenn das Volk demokratisch gewesen wäre. Ihre Unternehmung wurde zu einem bloßen Putsch, weil das Volk ihr Programm noch nicht zur Sache seiner Ueberzeugung, zur Religion gemacht hatte. Robert Blum sah das besser ein, war aber unter den vornehmen Leuten nicht an seinem Plage.

Der September-Aufstand in Frankfurt desavouirte die Linke und damit war ihre Kraft auf immer gebrochen. Sie hatte auch von Anfang an nur allgemeine demokratische Grundsätze gehabt, eine lustige Theorie, aber keine unabänderliche Zwecke. Sonst



hätte sie entweder als constitutionelle Macht im Parlament die Majorität zu erwerben, oder das Parlament zu stürzen gesucht. So unterwühlte sie in einer zerfahrenen Opposition bald das Ansehen des Parlaments, bald das der außerparlamentarischen Demokratie, immer aber sich selbst. Freilich, die Umstände waren ihr nicht günstig; wir wollen ihnen auch keinen Vorwurf machen; wir sind nur klüger geworden. Das wurden sie auch. Sie stifteten den Märzverein, aber — als es zu spät war. Auf ihrer letzten großen Versammlung hatten sie kein Vertrauen mehr zu ihrer Sache, sonst hätten sie noch die Erhebung des Volks dictirt.

Nun erhoben sich die einzelnen Länder ohne ein Centrum. Die Reichsverfassung war dabei, eingestandener Maßen, ein Vorwand für die Philister. —

Wir wollten unsre Freunde doch bitten, sich nicht zu sehr auf die nächste Anarchie zu verlassen, als würde die alle Fragen von selbst zur Lösung bringen, und noch weniger sich auf den Tag der Vergeltung zu freuen, oder die Zahl der nöthigen Opfer zu berechnen. Der Tag ist, aufrichtig gestanden, noch in äußerst weiter Ferne.

Um zu ihm zu gelangen, muß man sich 1. über die Grundsätze der Verfassung und Verwaltung, welche für Deutschland möglich wäre, über den oder die Centralpunkte, über die Eintheilung der Gebiete im Allgemeinen wenigstens vereinigt haben. Man muß 2. über die sofortige Bildung des Volksheers, und wie man die bestehenden Truppenkörper darin absorbiren will, im Reinen sein. Man muß 3. über das Finanzsystem, welches sowohl alle diese Revolutionen ermöglichen, als dabei eine gänzliche Umgestaltung der materiellen Verhältnisse herbeiführen soll, eine bestimmte Vorlage haben. Man muß 4. mit der Gerichtsverfassung, der Gemeindeverfassung, dem Kirchen-, Schul- und Erziehungswesen, mit Hinblick auf eben dies große Ziel und mit Rücksicht auf die Grundlage die man vorfindet, in Ordnung sein. Man muß 5. über die Möglichkeit der Verwendung der Staatsgüter zu productiveren Zwecken gründliche Untersuchungen angestellt haben. Man muß 6. über eine Versöhnung des Capitals mit der Arbeit zu Resultaten gelangt sein, welche beide Theile in's Interesse ziehen. Man muß 7., wegen der Verhältnisse der verschiedenen Nationalitäten und der auswärtigen Interessen Deutschlands sich über eine bestimmte Politik verständigt haben. Man muß 8. wissen, wie man

die durch solche Maßregeln von selbst außer Wirksamkeit gesetzten Gewalten völlig abfinden soll.

Dies und Mehreres müßte, mit den Erregenschaften unserer weiterlösenden Philosophie vor Augen, mit den wirklichen Landschafts- und Volksverhältnissen unter unsern Füßen, zu so einfachen Sätzen abgeklärt werden, daß das Volk sie als seine Bedürfnisse verstände.“

Diese „Abklärung“ ist in den beiden Novemberheften noch nicht vor sich gegangen. Sobald wir sie finden, werden wir sie vorgehen.

Den 9. Januar 1851.

### Gerücht.

Der Redacteur des Beobachters, des Streiters und der Verfasser der Laterne soll eine Person sein. Derselbe soll erzählt haben, der Untersuchungsrichter, wegen des Libells gegen den Ass. Scholz, sei so bestürzt gewesen (wie er sich ihm im Verhör, als den Verfasser der Laterne genannt habe) den gefürchteten Malwitz vor sich zu haben; daß er auch keine einzige Frage weiter habe vorlegen können und sich entschuldigt habe, nicht genug vorbereitet zu sein.

Es ist auch keine kleine Sache, den Zorn des Gen. Malwitz auf sich zu laden. Wer ihn reizt und beleidigt, kommt ohne Gnade in die Laterne oder an die Laterne, wie man will, wird laternisirt oder latourisirt. Kein Unterschied der Person gilt hier.

Obiger Artikel ist nur für „Gläubige“ geschrieben.

### Kirchennachricht.

Vom 22. bis 28. Februar sind in der Oldenb. Gemeinde:

1. Copulirt. 9) Heinrich Helms und Margarete Christine Elisabeth Böhme, Oldenburg. 10) Hermann Bodemann und Margarete Funke, Bloherfeld. 11) Johann Webruns und Anna Poting, Donnerschwee.

2. Getauft. 61) Johann Heinrich August Müller, Seft. Geisth. 65) Anton Dierich Ludwig Gathemann, Oldenburg. 66) Wilhelm Carl Christian Kieselhorst, Oldenburg. 67) Wilhelmine Caroline Nügge, Haarenthor. 68) Sophie Margarete Klotzger, Mesendorf. 69) Carsten Bohlen, Dhmstedt. 70) Anna Sophie Würdemann, Eversien.

3. Beerdigt. 46) Johann Gerdes, 41 J. 1 M., Moorhausen. 47) Johann Hinrich Oltmann Schrader, 1 J. 4 M., Osenerfeld. 48) Marie Elisabeth Henriette Müller, 50 J., Bloherfeld. 49) Gerhard Hinrich Wilhelm Schwumacher, 65 J. 6 M., Oldenburg. 50) Johanne Margarete Elisabeth Beykamp, 48 J. 11 M., Haarenthor.

### Gottesdienst in der Lambertikirche.

Sonntag, den 2. März:

Vorm. (Anf. 8½ Uhr.) Herr Hofprediger Wallroth.

Vorm. (Anf. 10 Uhr.) Herr Pastor Gröning.

Bibelstunde (Anf. 3 Uhr.) Herr Kirchenrath Clausen.

(1 Mos. 2, 18—25.)

Die Pfarramtsgeschäfte (Beichte, Taufen, Verlobungen ic.) übernimmt vom 2. bis 8. März Herr Kirchenrath Clausen.

Der

# Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Dritter Jahrgang.

Er scheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlagsbuchhandlung angenommen.

## Landtag.

Sitzung vom 25. Februar. — Tagesordnung: Bericht des Krongutsausschusses, betr. den Zeitpunkt, von welchem an die Erträge des noch auszuscheidenden Kronguts der Krongutskasse zu berechnen sind. Eine Minderheit des Ausschusses (Lindemann) suchte durch „Spitzfindigkeiten“ (wie der Abgeordnete Ellerhorst es nannte) nachzuweisen, daß der in der desfalls unterm 12. und 13. Februar 1849 zu Protokoll getroffenen Vereinbarung dafür festgestellte Termin, 1. Mai 1849, jetzt nicht mehr maßgebend sein könne, daß die Krone vielmehr bis zum Tage der wirklich geschehenen Ausschreibung des Kronguts eine Summe von im Ganzen 170,000  $\text{fl}$  in Baar zu beziehen habe. Herr Lindemann stellte denn auch dahin einen Antrag, und behauptete, wenn der Landtag seinen Antrag annehme, so habe der Staat, der Krone gegenüber, einen Nutzen von 30,000  $\text{fl}$ , welcher Summe freilich die Communallasten alsdann abzuziehen wären. Die Mehrheit des Ausschusses (Bulling, Lüken, Schmedes und der Berichterstatter der Mehrheit Kläbemann) war dagegen der Ansicht, daß der klaren Bestimmung der Vereinbarung gemäß die Erträge des noch auszuscheidenden Kronguts vom 1. Mai 1849 an allerdings für die Krongutskasse zu vereinnahmen seien, mithin, sobald das Krongut ausgeschieden sei, eine desfällige Liquidation erforderlich sein werde, und stellte den Antrag, der Landtag wolle sich hiermit einverstanden erklären. An den „Spitzfindigkeiten“ des Hrn. Lindemann nahmen Theil, und resp. brachten neue vermeintliche Gründe hinzu die Abg. Wisel und Mölling, und erklärten, sie müßten nach ihrer juristischen Ueberzeugung für den Lindemann'schen Antrag stimmen. Niebour II.

erklärte, er sei zweifelhaft, wie er zu stimmen habe, und eben weil er zweifelhaft sei, müsse er mit Lindemann stimmen, weil solches für das Land, der Krone gegenüber, vortheilhafter sei; sei dann Staatsregierung und Landtag in der Auslegung der betreffenden Bestimmung nicht einig, so möge das Schiedsgericht entscheiden. Für den Mehrheitsantrag sprachen unter andern die Abg. Ellerhorst, Bothe, v. Thünen, Dannenberg, Zedelius, Schmedes, Barnstedt und Kläbemann. Von Schmedes wurde insbesondere bemerkt, wenn der Abg. Lindemann die klare Bestimmung des Staatsgrundgesetzes so auslegen könne, wie von ihm geschehen sei, so komme das wohl von seiner juristischen Befähigung für solche Auslegung der Gesetze her. Dem nicht juristisch gebildeten einfachen Verstande sei eine solche Auffassung nicht möglich. Wenn übrigens die Jurisprudenz es vernöge, so klaren Bestimmungen des Gesetzes in solcher Weise eine ganz andere Bedeutung zu geben, so sei ihm wahrlich für das ganze Staatsgrundgesetz bange. Die Bemerkung des Abg. v. Thünen, daß er als „ehrlicher Mann“ für den Antrag der Mehrheit sich erklären müsse, veranlaßte den Abg. Wisel zu einer seiner vorzüglichsten Reden, die er je gehalten hat, und welche es der Mühe werth ist, im stenogr. Bericht nachzulesen. Vom Berichterstatter der Mehrheit, Abg. Kläbemann, wurde nach dem Schluß der Debatte, welche über drei Stunden gedauert hatte, die für die Lindemann'sche Ansicht vorgebrachten Gründe, so weit sie nicht bereits ihre Widerlegung gefunden hatten, noch einer weiteren Kritik unterzogen, und insbesondere auch mancherlei Irrthümer in der Auffassung und in den Angaben des Lindemann'schen Berichtes nachgewiesen, namentlich dahin, daß es sich nicht um 30,000  $\text{fl}$  handle, sondern

